



Niederschrift

28. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 16.06.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:59 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer	SPD	Sitzungsleitung
-----------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Hans-Peter Michalske	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sven Brödno	Die Andere	
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Volker Klamke	SPD	
--------------------	-----	--

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	CDU/ANW	
Herr Manfred Kleinert	DIE LINKE	
Herr Marcus Krause	SPD	
Herr Wolfgang Schwarze	DIE LINKE	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr Horst Siebenhaar	Seniorenbeirat	
Herr Andreas Vogel	DIE LINKE	
Herr Holger Wolinski	SPD	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit	
---------------------------------	--	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Dr. Ralf Otto	SPD	entschuldigt
Herr Björn Teuteberg	FDP	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Walter	Grüne/B90	entschuldigt
Herr Tino Henning	DIE LINKE	nicht entschuldigt

Frau Jacqueline Krüger	FDP	nicht entschuldigt
Herr Andreas König	Behindertenbeirat	entschuldigt
Frau Elke Lentz	SPD	entschuldigt

Gäste:

Frau Daniela Kolodziej	Elternvertreterin Kita „Tausendfüßler
Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Dr. Guido Schielke	Amtstierarzt
Herr Bernd Richter	Kommunaler Immobilien Service
Herr Alexander Engel	Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten
Herr Torsten von Einem	FB Stadtplanung und Bauordnung
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.05.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Wiedervorlagen
- 2.1 Lebensmittelhygiene
Vorlage: 10/SVV/0642
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Mehr Verkehrssicherheit für Kinder und Eltern vor der AWO-KITA in der Geschwister-Scholl-Straße
Vorlage: 11/SVV/0421
Fraktionen SPD, CDU/ANW
- 3.2 Straßenquerung Horstweg
Vorlage: 11/SVV/0422
Fraktion SPD
- 3.3 Munitionsfreiheit auf Schul-, Kita-, Jugendfreizeit-, Senioreneinrichtungen sowie Sport-, Bolz- und Spielplätzen
Vorlage: 11/SVV/0393
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.4 Flächenverbrauch Potsdams begrenzen
Vorlage: 11/SVV/0394
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.5 Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0412
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4 Berichte und Informationen
- 4.1 Bericht aus der Fluglärmkommission vom 23.05.2011 und vom 06.06.2011
- 4.2 Information zur Umsetzung des Beschlusses 11/SVV/0232 "Online-Portal für Sperrmüll"
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Heuer.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.05.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Tagesordnung:

Herr Heuer bittet um Erweiterung der Tagesordnung um den TOP 4.2 - Information zur Umsetzung des Beschlusses 11/SVV/0232 „Online-Portal für Sperrmüll“. Laut Beschluss hat die Verwaltung dem KOUL-Ausschuss in der Juni-Sitzung über das Prüfergebnis zu berichten.

Im Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ wird Herr Hülsebeck aufgrund einer Nachfrage von Herrn Menzel eine Information zum Forschungsreaktor BER II in Berlin Wannsee geben.

Im Zusammenhang mit einer Nachfrage von Herrn Menzel zur Bebauung in der Speicherstadt wurde an alle Ausschussmitglieder eine Tischvorlage ausgereicht.

Herr Heuer informiert, dass ihm Anträge auf Rederecht von Frau Kolodziej (Elternvertreterin Kita „Tausendfüßler“) und Frau Schmidt (Kita-Leiterin Kita „Tausendfüßler“) zur Verkehrssicherheit für Kinder und Eltern vor der AWO-KITA in der Geschwister-Scholl-Straße vorliegen.

Herr Menzel kündigt an, im TOP“ Sonstiges“ eine Information zur Uferzone am Olympiastützpunkt zu geben.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Herr Heuer bittet um Abstimmung über das Rederecht für Frau Kolodziej und Frau Schmidt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Herr Heuer begrüßt die neuen Mitglieder des KOUL-Ausschusses, Herrn Kirsch und Herrn Brödnö.

Bestätigung der Niederschrift vom 19.05.2011

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 2 Wiedervorlagen

zu 2.1 Lebensmittelhygiene

Vorlage: 10/SVV/0642

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Latacz-Blume informiert, dass sich am 19.05.2011 die Verbraucherschutzminister geeinigt haben, zum 01.01.2012 ein bundeseinheitliches Bewertungssystem einzuführen.

Herr Dr. Schielke informiert, dass die Verbraucherschutzministerkonferenz am 19.05.2011 die Einführung des Bewertungssystems zum 01.01.2012 beschlossen hat. Das System wird als Hygieneampel oder auch Hygienebarometer bezeichnet und soll bundeseinheitlich umgesetzt werden. Eine Länderarbeitsgruppe hatte im Vorfeld ein entsprechendes System erarbeitet. Geplant ist die gestaffelte Einführung, zunächst in Betrieben mit direktem Verbraucherkontakt.

Herr Dr. Schielke macht deutlich, dass für die Umsetzung ein personeller und materieller Mehrbedarf entsteht.

Herr Menzel sagt zu, mit seiner Fraktion zu besprechen, dass der Antrag für erledigt durch Verwaltungshandeln erklärt werden kann.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Mehr Verkehrssicherheit für Kinder und Eltern vor der AWO-KITA in der Geschwister-Scholl-Straße

Vorlage: 11/SVV/0421

Fraktionen SPD, CDU/ANW

Herr Klamke bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Kolodziej weist darauf hin, dass es sich um eine stark frequentierte Straße handelt. Sie macht auf die Gefahren aufmerksam, die insbesondere dadurch entstehen, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung sowie der Zebrastreifen durch die Kraftfahrer nicht beachtet werden.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass ein Prüfverfahren eingeleitet wurde. Das Ergebnis liegt voraussichtlich in der 26. Kalenderwoche vor.

Herr Jäkel hat beobachtet, dass die zeitliche Eingrenzung der Tempo-30-Zone gut durchdacht ist. Er bittet zu bedenken, dass eine Ausweitung der Tempo-30-Zone das Fahrverhalten nicht verändern wird. Er empfiehlt, die Anstiche 2 und 3 des Antrages nicht weiter zu verfolgen.

Herr Jäkel **beantragt die Streichung des 2. und 3. Anstriches.**

Herr Klamke schlägt vor, den Bericht der Verwaltung abzuwarten und sich danach zu verständigen, wie mit dem Antrag umzugehen ist.

Frau Müller-Preinesberger bittet die Ausschussmitglieder, das Prüfergebnis offen zu lassen und nicht bereits im Vorfeld zu beschränken.

Herr Heuer schließt sich dem an. Er bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Jäkel.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 3

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Antrag.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen wie die trotz Zebrastreifen für Kinder und Eltern schwierige Verkehrssituation auf Höhe der Geschwister-Scholl-Straße 52 sicherer gestaltet werden kann durch:

- eine Überkopf-Beleuchtung des Zebrastreifens zur besseren Kenntlichmachung insbesondere in der dunklen Jahreszeit
- ein früheres Einsetzen der Tempo-30-Zone
- die Verlängerung der Tempo-30-Zone bis 18 Uhr (Betriebsschluss Kita)
- bzw. andere geeignete verkehrliche Maßnahmen.

Der Stadtverordnetenversammlung soll im September 2011 berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 3.2 Straßenquerung Horstweg

Vorlage: 11/SVV/0422

Fraktion SPD

Herr Klamke bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass das Prüfverfahren bereits eingeleitet wurde. Das Ergebnis liegt voraussichtlich in der 26. Kalenderwoche vor.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Antrag.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen ob auf dem Horstweg zwischen Heinrich-Mann-Allee und Hermann-Muthesius-Straße ein Zebrastreifen eingerichtet werden oder andere geeignete verkehrliche Maßnahmen ergriffen werden können.

Der Stadtverordnetenversammlung soll im September 2011 berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 3.3 Munitionsfreiheit auf Schul-, Kita-, Jugendfreizeit-, Senioreneinrichtungen sowie Sport-, Bolz- und Spielplätzen
Vorlage: 11/SVV/0393

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Engel (Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten) erklärt, dass es seit 2007 eine bestätigte Prioritätenliste gibt, an die sich auch gehalten wird. Er weist darauf hin, dass die Verdachtsflächen auch als solche betrachtet werden müssen. Eine Verdachtsfläche kann nicht mit einer gefährdeten Fläche gleichgesetzt werden.

Er bittet auch zu beachten, dass hier höchst sensible Daten verarbeitet werden, mit denen auch sehr sensibel umgegangen werden muss.

Herr Richter (Kommunaler Immobilienservice) macht ebenfalls deutlich, dass die Verdachtsflächen anhand der Prioritätenliste abgearbeitet werden. Er erklärt, dass an einigen Kitas und Schulen Investitionen getätigt werden. Im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen erfolgt auch die Suche nach Kampfmitteln. Er verweist auch auf den nicht unerheblichen finanziellen Aspekt hin.

Herr Jäkel fragt, ob es das Einverständnis der Ausschussmitglieder gibt, Herrn Kunzendorf aufgrund seines Unfalls das Mitgefühl des Ausschusses auszusprechen und ihm gute Besserung zu wünschen.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, einen Brief des Ausschusses an Herrn Kunzendorf zu senden.

Herr Menzel verweist auf die Mitteilungsvorlage der Verwaltung aus dem Jahr 2007. Er spricht sich dafür aus, die Suche bei bekannten Flächen forcierter zu betreiben.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass die 2007 mit dem Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) abgestimmte Prioritätenliste der Kampfmittelverdachtsflächen abgearbeitet wird. Bei Baumaßnahmen erfolgt eine zusätzliche Überprüfung.

Herr Menzel fragt, wie viele Vermutungspunkte von 2007 bereits abgearbeitet wurden.

Frau Müller-Preinesberger sagt zu, in der nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses in Anknüpfung an die Mitteilungsvorlage aus dem Jahr 2007 darüber zu informieren.

Der Antrag wird daraufhin zurückgestellt.

zu 3.4 **Flächenverbrauch Potsdams begrenzen**

Vorlage: 11/SVV/0394

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr von Einem (FB Stadtplanung und Bauordnung) erklärt, dass die Verwaltung dem Antrag zustimmt und dazu im November 2011 berichten wird.

Herr Kirsch fragt den Antragsteller, was unter einer unnötigen Flächenversiegelung zu verstehen ist.

Herr Menzel erklärt, dass Versiegelung vermieden werden soll. Es sollte dafür Sorge getragen werden, dass eine Versickerung gegeben ist.

Herr Heuer spricht sich für die Möglichkeit der Entsiegelung von Flächen aus, die als solche nicht mehr benötigt werden. Er macht darauf aufmerksam, dass ein Umbrechen der Vorgaben des Bundes auf die Landeshauptstadt Potsdam schwer möglich ist. Er begrüßt die Intention des Antrages, hält die Umsetzung aber für sehr schwierig.

Herr Menzel weist darauf hin, dass bei der Vorstellung des Umweltmonitorings auf Probleme hingewiesen wurde und wirbt dafür, sich ein Ziel zu setzen und zu überlegen, wie dieses erreicht werden kann.

Herr Kirsch spricht sich gegen den Antrag aus.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Antrag.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzulegen mit welchen Maßnahmen (z. B. Flächenverbrauchsabgabe, Verzicht auf unnötige Versiegelungen) Potsdams Anteil am 30 Hektarziel gewährleistet werden kann. Dabei sind neben planerischen Instrumenten auch ökonomische Anreize zu berücksichtigen. Der Stadtverordnetenversammlung ist in der November Sitzung 2011 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 0

Somit ist der Antrag abgelehnt

zu 3.5 **Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 11/SVV/0412

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr von Einem (FB Stadtplanung und Bauordnung) bringt den Antrag ein und erläutert diesen.

Herr Schütt spricht im § 5 Abs. 1, zweiter Satz, die soziale Kontrolle der Fahrradstellplätze an und fragt, was darunter zu verstehen ist.

Herr Kirsch weist darauf hin, dass laut Satzung bei Fahrradstellplätzen eine gute Einsehbarkeit und Beleuchtung zu gewährleisten ist. Dies würde aus seiner Sicht bedeuten, dass die Errichtung von Fahrradstellplätzen in Kellern nicht mehr möglich ist oder diese dann ständig beleuchtet sein müssen.

Herr Jäkel fragt nach der Wirkung, wenn z.B. durch Fahrplanwechsel ein 10-minütiger Takt zu einem 20-minütigen Takt wechselt.

Herr von Einem erklärt, dass Sozialkontrolle bedeutet, dass die Stellplätze einsehbar und gut zu finden sind. Er weist darauf hin, dass es in der Anlage eine Definition zu den Taktzeiten gibt. Demnach würde bei einem Fahrplanwechsel zunächst die Anlage 4 der Stellplatzsatzung gelten. Bei grundlegenden Änderungen müsste die Anlage 4 überarbeitet werden.

Herr Heuer fragt, ob bei einer einfachen Wohnbebauung die Verpflichtung besteht, einen Fahrradstellplatz vorzuhalten.

Herr Schütt spricht die Sozialkontrolle von Fahrradständern an und schlägt vor, den entsprechenden Satz zu streichen.

Herr Kirsch fragt, ob zukünftig Fahrradstellplätze generell beleuchtet sein müssen.

Herr Brödnö fragt, wie hoch die Mindereinnahmen der Stadt bei Senkung der Stellplatzablässe sind. Welche Ausnahmen sind möglich, die Zahlungen der Stellplatzablässe nicht leisten zu müssen. Warum sind die historischen Gärten vom Geltungsbereich der Stellplatzsatzung ausgenommen?

Herr Krause verweist auf § 3 Abs. 4 und macht deutlich, dass „Anlagen mit zu erwartendem hohem Verkehrsaufkommen“ genauer definiert werden müssen. Hier gibt es aus seiner Sicht einen Ermessensspielraum der Verwaltung, der nicht Sinn der Satzung sein kann.

Im § 4 Abs. 2 wird seines Erachtens nach von Bodenrichtwerten ausgegangen, die nicht mehr relevant sind. Bei der Differenz im Bodenrichtwert kann man keinen Durchschnitt mehr bilden.

Herr Jäkel stellt **folgende Änderungsanträge:**

Im § 3 Abs. 3 ist der letzte Satz zu streichen.

Anlage 2 (Richtzahlenliste) ist im Punkt 1.1 - Wohnungen in Wohngebäuden mit mehr als 2 Wohneinheiten – wie folgt zu ändern:

Notwendige Stellplätze für Kfz (Spalte 3 - sonstiges Stadtgebiet) = 1,0

Notwendige Stellplätze für Kfz (Spalte 4 - Minderungsgebiete wie in Anlage 1 dargestellt) = 1,0

Sollten seine Änderungsanträge abgelehnt werden, spricht Herr Jäkel sich dafür aus, die bisherige Satzung fortgelten zu lassen.

Herr von Einem erklärt, dass die Nutzungsänderung in den Parkanlagen die Errichtung von Stellplatzflächen erfordern würden, wenn dies nicht in der Satzung geregelt ist. Der § 3 Abs. öffnet die Möglichkeit, auf besondere Situationen zu reagieren.

Zur Stellplatzablässe erklärt er, dass diese sich nicht nur aus den Bodenrichtwerten, sondern auch aus den Herstellungskosten zusammensetzen.

Er bietet an, eine Synopse zur derzeit gültigen im Vergleich zur neuen Stellplatzsatzung zu erstellen.

Herr Heuer schlägt vor, die Synopse durch die Verwaltung erstellen zu lassen und ggf. in der nächsten Sitzung eine 2. Lesung zur Drucksache durchzuführen.

Herr Rietz spricht § 3 Abs. 5 an und macht deutlich, dass für ihn nicht nachvollziehbar ist, dass in unmittelbarer Nähe von ÖPNV-Haltestellen weniger Stellplätze erforderlich sind.

Herr Kirsch hält es für falsch, die Kosten für die Stellplatzablöse zu senken. Er weist darauf hin, dass die Investitionskosten für einen Stellplatz im Verhältnis zur Wohnung sehr gering sind und spricht sich dagegen aus, die Kosten für die Stellplatzablöse zu senken.

Herr Menzel weist darauf hin, dass die Parkraumbewirtschaftung in einer sehr konstruktiv arbeitenden Arbeitsgruppe bearbeitet wird.

Herr von Einem macht deutlich, dass diese Mittel zweckgebunden sind.

Herr Heuer stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:

Die Verwaltung erstellt eine Synopse, die den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wird. In der nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses erfolgt eine erneute Beratung zur Drucksache.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Herr Menzel stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:

Es wird eine Arbeitsgruppe des KOUL-Ausschusses gebildet, die sich tiefgründig mit der Stellplatzsatzung befasst.

Herr Heuer fragt, ob die Verwaltung einen entsprechenden Erörterungstermin anbieten könne.

Herr von Einem sagt dies zu.

Herr Jäkel bringt zum Ausdruck, dass nicht jedes Thema aus dem Ausschuss in einer gesonderten Runde besprochen werden kann. Dies ist für ihn zeitlich kaum zu realisieren.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Menzel.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 1

Somit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Die Synopse wird allen Ausschussmitgliedern per E-Mail durch die Verwaltung zugeleitet. Die Drucksache wird bis zur nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses vertagt.

zu 4 Berichte und Informationen

zu 4.1 Bericht aus der Fluglärmkommission vom 23.05.2011 und vom 06.06.2011

Frau Müller-Preinsbeger verweist auf die dazu ausgereicht Tischvorlage. Sie informiert, dass die nächste Sitzung der Fluglärmkommission im Juli 2011 stattfindet.

zu 4.2 Information zur Umsetzung des Beschlusses 11/SVV/0232 "Online-Portal für Sperrmüll"

Frau Latacz- Blume teilt mit, dass am 14. Mai 2011 in der Zeit von 9.00 bis 13:00 Uhr auf dem Platz am neuen Lustgarten der erste Potsdamer Geben-und-Nehmen-Markt durchgeführt wurde. Der Markt wurde durch den Bereich Umwelt und Natur organisiert. Hier konnten Potsdamer Bürgerinnen und Bürger nicht mehr benötigte, aber noch gebrauchsfähige Gegenstände verschenken oder tauschen. Ein kommerzieller Handel war ausgeschlossen. Da die Aktion durchweg positiv bewertet wurde, soll der Geben-und-Nehmen-Markt nunmehr regelmäßig zweimal im Jahr durchgeführt werden.

Nach Auswertung der unterschiedlichen sich auf dem Markt befindenden Systeme für Online-Verschenk- und Tauschmärkte hat sich der Bereich Umwelt und Natur für ein bereits gut funktionierendes System entschieden, dass bereits von mehr als 60 Anwendern genutzt wird und für die LHP mit nur geringem personellen und technischen Aufwand verbunden ist. Dieses soll spätestens ab 2012 vorerst für ein Jahr zu Anwendung gelangen, kann aber bei Bedarf weitergeführt werden.

Zum ergänzenden Punkt 1 des Antrages führt Frau Latacz-Blume aus, dass die Aufnahme des Ordnungswidrigkeiten-Tatbestandes den Hintergrund hat, dass die ordentlich zur Abholung bereitgestellten Abfälle nicht durcheinander geworfen werden sollen, so dass eine neuerliche Sortierung durch das STEP-Personal erfolgen muss. Des Weiteren kann nicht ausgeschlossen werden, dass Abfälle zunächst mitgenommen werden, um sie dann an einer anderen Stelle wieder stehen zu lassen.

Mit der Regelung wurde eine rechtliche Grundlage geschaffen, um gegen Verursacher von Vermüllung ordnungsbehördliche Maßnahmen einleiten zu können, wenn diese zur Anzeige gebracht werden. Der Rahmen für die Geldbuße ergibt sich aus dem Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetz und liegt im Einzelfall jedoch immer im Ermessen der Behörde. Vor dem Hintergrund der dargestellten Überlegungen wird die Beibehaltung des Owi-Tatbestandes empfohlen. Bei der nächsten grundlegenden Überarbeitung der Satzung, die spätestens mit Inkrafttreten der gesetzlichen Änderungen des novellierten Abfallrechts erfolgen wird, sollte dann ggf. der Bußgeldrahmen nach unten angepasst werden.

Abschließend verweist sie auf die Sperrmüllsammmlung in Potsdam und macht dabei deutlich, dass die Einrichtung sogenannter „Abholtage für Sperrmüll“ nicht zu einer Kostensenkung führen, sondern mit Nachteilen verbunden wäre.

Bei einer Straßensammmlung müssten die Bürger auf einen festen Entsorgungstermin warten, der ggf. erst nach mehreren Wochen oder Monaten stattfinden wird. Bisher haben die Bürger die Möglichkeit, den Sperrmüll entsprechend ihrem Bedarf anzumelden und erhalten in der Regel einen Abholtermin innerhalb von fünf bis 10 Arbeitstagen. Die Touren der STEP werden anhand der vom Bürger angemeldeten Sperrmüllmengen geplant.

Straßensammlungen würden an den Abholtagen insbesondere im Innenstadtbereich zu einer Verschlechterung des Stadtbildes führen. Aus den genannten Gründen wird die Beibehaltung des derzeitigen Sperrmüllsammelsystems auf Abruf empfohlen

Herr Brödno fragt, in welchen Städten es bereits ein Online-Portal für Sperrmüll gibt. Er bittet, dies dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Herr Jäkel fragt, ob bei der Überarbeitung der Satzung die Abfuhr von Keramik (wie z.B. Waschbecken) vereinfacht werden könne.

zu 5 Sonstiges

Forschungsreaktor BER II

Herr Hülsebeck weist darauf hin, dass in der Sendung „Kontraste“ am 09.06.2011 zwei sicherheitsrelevante Mängel am Forschungsreaktor BER II dargestellt wurden. Dieses wurde am nächsten Tag durch die zuständige Senatsverwaltung dementiert.

Herr Hülsebeck regt an, die zuständige Senatsverwaltung anzuschreiben und um Informationen bezüglich der besagten Mängel, des Stresstestes sowie der Wiederaufnahme der Arbeit des Reaktors zu bitten. Er sagt zu, die Mitglieder des KOUL-Ausschusses zu informieren, sobald ihm neue Erkenntnisse vorliegen.

Speicherstadt

Dazu wurde als Tischvorlage eine schriftliche Stellungnahme von Herrn Goetzmann ausgereicht.

Herr Menzel bittet um konkrete sachliche Hintergrundinformationen zu der Baumaßnahme im Bezug auf die Schutzzonenregelung.

Herr Kirsch fragt, ob man parallel zum Ufer eine Steganlage errichten könnte und ob dies rechtlich möglich und zulässig ist.

Uferzone Olympiastützpunkt

Herr Menzel spricht den Bewuchs an der Uferzone in Höhe des Olympiastützpunktes an und macht deutlich, dass die Stadtverordnetenversammlung 2007 einen Beschluss gefasst hat, in dem der Oberbürgermeister beauftragt wurde, die Uferböschung entlang des Uferweges in Potsdam-West in regelmäßigem Turnus so zu pflegen und gestalten, dass sie die Erlebbarkeit des Uferbereiches ermöglicht. Dieser Beschluss wurde in diesem und im vergangenen Jahr nicht umgesetzt. Der Luftschiffhafenbeirat hat die Verwaltung diesbezüglich bereits angeschrieben. Er möchte verhindern, dass die Wasserspiele deshalb möglicherweise in diesem Jahr nicht durchgeführt werden.

Nächster Ausschuss für KOUL:

18. August 2011, 18:00 Uhr im Raum 3.025 des Stadthauses

Pete Heuer

Martina Spyra

Ausschussvorsitzender

Schriftführerin